

Aufstand der Erbsenzähler

In diesem Sommer wurde in den Medien über eine "Verschwörung in Brüssel" berichtet. Dabei ging es nicht darum, die Bürokratie der Europäischen Union noch weiter auszubauen und die Rechte der Mitgliedsländer zu schwächen. Es ging auch nicht um neue Preisabsprachen für die europäischen Bauern oder um einen zündenden Einfall für die Namensnennung der zukünftigen europäischen Währung. Nein, es handelte sich um nichts Geringeres als um eine "grüne Statistikrevolution bis zum Jahr 2000". Nun sind die Statistiker allgemein nicht gerade als Revoluzzer verschrien, eher als emsige "Erbsenzähler der Nation" oder verschlafene "Wärter von Zahlenfriedhöfen". Die Zeitungsmeldungen ließen daher die Zunft der Statistiker in einem ganz neuen Licht erscheinen. Noch undurchsichtiger wurde die Angelegenheit als ein Tabuwort die Runde machte, das von einem ökologisch angehauchten Statistiker zukünftig nicht mehr verwendet werden soll: "Ökologen sagen nicht mehr BIP". Sollte das bedeuten, dass die Ökologen ganz zum Schweigen verurteilt sein werden, weil sie sich nicht einmal mehr getrauen, BIP zu sagen? Und wie hängt dieses magische Redeverbot mit der grünen Statistikrevolution zusammen? Fragen über Fragen. Im folgenden soll versucht werden, den Schleier über diesen geheimnisvollen Andeutungen zumindest teilweise zu lüften.

Zunächst soll die Identität der "Verschwörer" in Brüssel preisgegeben werden. Es handelt sich um eine Gruppe von Wissenschaftlern, die sich unter der Flagge des "Club of Rome" zusammengefunden haben. Ihr Anführer, Wouter van Dieren, hat die nötigen Eigenschaften aufgezählt, über die man verfügen musste, um in diese Gruppe aufgenommen zu werden: Unverfrorenheit, Vorstellungskraft, Kreativität, Sinn für Humor, das Gefühl der Dringlichkeit und ein nicht nachlassender Optimismus.

Ziel dieser Verschwörung soll eine "grüne Statistikrevolution" sein. Was kann das bedeuten? Der Titel des Berichts, den die Wissenschaftlergruppe in Brüssel vorstellte, gibt einen Hinweis: "Mit der Natur rechnen". Die doppelte Bedeutung dieses Buchtitels ist klar: Wir sollen bei unseren Entscheidungen auch den Interessen der Natur Rechnung tragen und ebenso, wenn wir über unser Handeln Rechenschaft ablegen, auch die Auswirkungen auf die Natur berücksichtigen. Trotz intensiver Diskussion über den notwendigen ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und trotz immer wieder ausgemalter Schreckensszenarien für die Zukunft der Menschheit werden die Umweltprobleme bis heute häufig nur wie Plagegeister behandelt, die man durch Alibimaßnahmen beschwichtigen könne. Wir alle schwimmen im ökonomischen Hauptstrom und können meist nur aus den Augenwinkeln die an

beiden Seiten vorbeigleitende Natur wahrnehmen. Der Wasserstand dieses Stroms ist noch so hoch, dass wir über die Untiefen, Klippen und verborgenen Felsen hinweggleiten, ohne uns wesentlich zu verletzen. Der Club of Rome - Bericht fordert dazu auf, uns rechtzeitig klar zu machen, dass sich die jetzt noch häufig als komfortabel empfundene Situation über kurz oder lang wesentlich ändern wird und dass wir nur dadurch gegensteuern können, wenn wir uns nicht einfach treiben lassen.

Dies ist auch von den Statistikern lange Zeit sträflich vernachlässigt worden. Obwohl sich schon vor mehr als zwanzig Jahren abzeichnete, dass die übermäßige Naturnutzung durch den Menschen zu "Grenzen des Wachstums" führt (wie der Titel des berühmten ersten Club of Rome - Berichts lautet), so hat die amtliche Statistik doch lange Zeit auf die neuen Herausforderungen nicht oder nur unzureichend reagiert. Das lag nicht unbedingt am mangelnden guten Willen der Statistikerzunft, sondern wesentlich auch an der fehlenden Bereitschaft in unserer Gesellschaft, ausreichend aussagefähige Befragungen von Unternehmen, privaten Haushalten und staatlichen Institutionen über ihre Umweltnutzung und -belastung zu akzeptieren. So wurde die Verabschiedung des Umweltstatistik-Gesetzes durch die Gesetzgeber und die an den Beratungen beteiligten Interessengruppen fast zehn Jahre lang verzögert. Erst seit den achtziger Jahren wird in verstärktem Maße auch die Umweltberichterstattung ausgebaut. In Deutschland sind dabei wesentliche Impulse vom Aufbau einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung ausgegangen.

Was verbirgt sich nun hinter dem Tabuwort "BIP"? Warum haben Ökologen beschlossen, diese Abkürzung nicht mehr in den Mund zu nehmen? BIP bedeutet Bruttoinlandsprodukt. Diese Größe misst die wirtschaftliche Leistung, die im Laufe einer Berichtsperiode im Inland erzielt wurde und die sich letztendlich im Verbrauch von Konsumgütern, in staatlichen Leistungen und in Investitionen niederschlägt. Populärer als das Bruttoinlandsprodukt ist das Bruttosozialprodukt, das sogar in einem berühmt gewordenen deutschen Schlager gesteigert wird. Das Bruttosozialprodukt bezieht sich auf die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Einwohner eines Landes, unabhängig davon, ob die Leistungen im In- oder Ausland erbracht wurden. Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts bzw. des Bruttosozialprodukts zeigen an, ob eine Wirtschaft wächst oder schrumpft. Obwohl immer klarer wird, dass Wirtschaftswachstum - wie Christian Leipert es formuliert hat - mit erheblichen heimlichen Kosten verbunden ist, die längerfristig den erreichten Wohlstand wieder aufzehren können, wird auch heutzutage noch ganz unreflektiert eine wachsende Wirt-

schaft als uneingeschränkt positiv angesehen. Wir messen die wirtschaftliche Leistung des Sägens und denken nicht daran, dass eines Tages der durchgesägte Ast, auf dem wir sitzen, zu Boden kracht. Wie in dem Club of Rome - Bericht ausgeführt wird, liefert der gegenwärtig übliche Maßstab BIP ein falsches Signal im Hinblick auf die langfristige Entwicklung unserer Gesellschaft. So wichtig die gegenwärtig im Gebrauch befindlichen Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für eine kurzfristig angelegte Wirtschafts- und Finanzpolitik sind, so unzureichend können sie längerfristige Trends wiedergeben. Der Verbrauch bzw. die Nutzung von produzierten Gütern wird bei der volkswirtschaftlichen Kostenrechnung vollständig erfasst, die ökonomische Nutzung der Umwelt und die damit verbundenen Beeinträchtigungen unseres Naturvermögens bleiben dagegen unberücksichtigt. Sie sind nicht mit unmittelbar zu beobachtenden und finanziell relevanten Transaktionen verbunden, die sich in der Rechnung der Wirtschaftsakteure niederschlagen.

Im Club of Rome - Report wird nun vorgeschlagen, dass zunächst einmal von den am Wirtschaftsgeschehen beteiligten Unternehmen, privaten Haushalten und staatlichen Stellen eine Art der Rechnungslegung vorgenommen wird, die sie schon allein aus egoistischen Motiven heraus begrüßen könnten. Danach werden nur dann zusätzliche Kosten für die Nutzung der Umwelt im Rechnungswesen berücksichtigt, wenn die Wirtschaftsakteure selbst zu den Betroffenen gehören. So läge es nahe, dass Länder mit reichen Bodenschätzen den Abbau ihrer Ressourcen bewerten und als Abschreibungen auf ihr Naturvermögen im volkswirtschaftlichen Rechnungswesen zusätzlich ausweisen. Das Inlandsprodukt dieser Länder wäre dann entsprechend geringer. Ähnlich könnten auch abnehmende Grundwasserreserven, Bodenerosion und die Vernichtung von Tropenwäldern zu verminderten Größen für das Inlandsprodukt führen. Für die Industrienationen käme es vor allem darauf an, die Auswirkungen von Luft- und Wasserverschmutzung sowie das Anwachsen der Abfallberge zu bewerten. Das um den Wert dieser ökonomischen Umweltnutzung sowie um die Abschreibungen auf produzierte Güter verminderte Bruttoinlandsprodukt wird als Ökoinlandsprodukt bezeichnet. Es gibt den Wert der wirtschaftlichen Leistung wieder, der bei einer umweltbezogenen Erweiterung der Kostenrechnung verbleibt.

Die egoistische Variante des Ökoinlandsprodukts registriert ökonomisch bedingte Veränderungen der Natur nur dann, wenn sie im Berichtsjahr passieren und allein die Umwelt im eigenen Land betreffen. Eine solche Verengung des Blickfeldes ist heutzutage nicht mehr möglich: Die internationalen, ja globalen Verflechtungen von menschlichen Aktivitäten und Natur treten immer stärker in den Vordergrund. Ozonloch und drohende Klimakatastrophe lassen sich nicht mit einer Berichterstattung bewältigen, die sich allein auf Auswirkungen in einem einzelnen Land bezieht. Ebenso reicht es nicht aus,

die Berichterstattung über natürliche Veränderungen auf die Gegenwart zu beschränken. Es ist geradezu charakteristisch für moderne Industriegesellschaften, dass sie Stoffe erzeugen, die sich in ihrer Substanz von den natürlichen Rohstoffen so weit entfernt haben, dass sie häufig erst nach langer Zeit in der Natur ihre Gefährlichkeit verlieren. Besonders drastisches Beispiel sind hier die radioaktiven Abfälle, aber auch bestimmte Luftschadstoffe und Chemieprodukte haben eine lange "Lebensdauer".

Der Club of Rome - Bericht schlägt deshalb vor, in einem zweiten Schritt auch den egoistischen Standpunkt zu überwinden und gegenüber den Wechselwirkungen von menschlichem Handeln und natürlicher Umwelt einen völlig anderen Standpunkt einzunehmen. Nicht die Betroffenheit der Bevölkerung durch häufig selbst verschuldete Umweltprobleme sollte im Vordergrund stehen, sondern die Verantwortung für das eigene Handeln, und zwar unabhängig davon, ob man selbst oder andere von diesem Handeln betroffen sind. Wenn dieser Grundsatz auch langfristig sicher zum eigenen Wohlergehen beitragen kann, so ist er doch zunächst einmal nur ethisch zu begründen. Keine ökonomische Optimierung der eigenen Wohlfahrt steht hier im Vordergrund, sondern eine ökologische Variante des Kantischen kategorischen Imperativs. Das Postulat der Verantwortung lautet präziser formuliert: "Handle so, dass die mit Deinen Handlungen verbundenen Wirkungen die natürliche Umwelt auf Dauer nicht verschlechtern." Mit diesem Grundsatz findet auch das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung der Natur Anwendung. Bei den Wirkungen auf die natürliche Umwelt wird nicht unterschieden, ob sie im eigenen Lande auftreten oder internationalen bzw. globalen Charakter haben. Das Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit umfasst daher auch z.B. die Verantwortung der reichen Industrienationen für die Klimafolgen ihrer Luftverschmutzung.

Das Postulat der Verantwortung hat für die Ermittlung eines Ökosozialprodukts weitreichende Folgen. Zur Bewertung der Umweltfolgen der menschlichen Aktivitäten werden die zusätzlichen Kosten geschätzt, die nötig gewesen wären, um ein umweltverträgliches Handeln zu ermöglichen. Es handelt sich dabei in erster Linie um Maßnahmen, die Umweltbelastungen vermieden hätten. Diese Überlegungen führen zu Modellrechnungen, in denen das gegenwärtige Wirtschaftshandeln einer umweltverträglicheren Wirtschaftsweise gegenübergestellt wird. Dies setzt voraus, dass verschiedene Szenarien entwickelt werden müssen, wie unsere Gesellschaft sich so verändern könnte, dass umweltfreundliche Lebensstile bei sozialer Stabilität möglich werden. Die Bedeutung einer Berechnung des Ökoinlandsprodukts würde damit weit über den ursprünglichen Zweck hinausweisen. Damit könnten den an einer vorausschauenden Vorsorge für unsere Gesellschaft interessierten Bürgern konkrete Utopien aufgezeigt werden, die sich in realisierbare Leitbilder umsetzen lassen. Für den an einer Integration von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik interessierten Politiker könnten derartige Berech-

nungen Grundlagen für das Abwägen verschiedener Handlungsstrategien vermitteln. Anders als bei dem Prinzip der Betroffenheit, das sich leicht auf ein allgemeines Jammern über die verschlechterten Zeitleläufe beschränkt, kann das Prinzip der Verantwortung zu konkretem politischen Handeln führen.

Es bleibt immer noch die Frage, ob es sich hier um eine "Verschwörung" von Wissenschaftlern handelt, die zu einer "Statistikrevolution" führen kann. Zwei Gründe sprechen dagegen. Zunächst einmal wird nicht vorgeschlagen, die bisherigen Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts einzustampfen und sich radikal auf grüne Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen umzustellen. Die ganz überwiegende Mehrheit der Autoren des Club of Rome-Berichts ist der Meinung, dass die vorgeschlagenen Berechnungen nicht Ersatz für die herkömmlichen Gesamtrechnungen sein sollen, sondern in Form eines "Satellitensystems" ergänzend neben das "Kernsystem" der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen treten sollen. Von Verfechtern der reinen ökologischen Lehre wurde kritisiert, dass damit die Umweltberichterstattung als Satellit um die ökonomische Kernberichterstattung kreist. Sie forderten eine kopernikanische Wende ein: Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen müssten in eine Umlaufbahn um die ökologische Berichterstattung geschossen werden. So attraktiv diese Aussicht für einen engagierten Ökologen sein mag, mit der Realität unserer Gesellschaft hat sie wenig zu tun. Wissenschaftler und Statistiker, die sich näher mit der Integration von Wirtschafts- und Umweltstatistiken beschäftigt haben, wären schon froh, wenn ökologische Aspekte in Ergänzungsrechnungen ausreichend zu Wort kommen könnten.

Gegen die Möglichkeit einer "grünen Statistikrevolution bis zum Jahr 2000" spricht auch das schleppende Tempo, mit dem die Qualität des für eine "grüne Statistik" nötigen statistischen Ausgangsmaterials verbessert werden kann. Für Modellrechnungen in Richtung Ökoinlandsprodukt sind nicht nur detaillierte Informationen über die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Umwelt in physischen Einheiten (zum Beispiel Gewichtseinheiten oder Flächenmaßen) nötig, sondern auch möglichst disaggregierte ökonomische Prognosemodelle, mit denen in realistischer Weise Entwicklungsmöglichkeiten in Richtung auf umweltverträgliche Wirtschaftsweisen und Lebensstile beschrieben werden können. Nur durch eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Statistik lassen sich solche hochgesteckten Ziele erreichen. In jedem Fall wird sich die Realisierung der vorgesehenen Berechnungen länger hinziehen als manche Optimisten heutzutage noch glauben. Dies soll allerdings niemanden davor abschrecken, die mit dem vorgesehenen Statistikprogramm verbundenen Herausforderungen anzunehmen. Auch Zwischenresultate werden schon manchen interessanten Aufschluss über Möglichkeiten einer stärkeren Umweltorientierung unseres Handelns liefern.

Wie sieht es mit den Chancen aus, dass "richtige Rechnungen" auch gesellschaftliche Veränderungen

bewirken? Scheitert nicht die "Statistikrevolution" allein schon daran, dass ihre Resultate von den Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis oder zumindest nicht ernst genommen werden? Besteht nicht ein Interessenkartell von Konsumenten, Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und staatlichen Stellen, den erreichten Wohlstand zu halten oder sogar noch zu verbessern, selbst wenn noch so deutlich würde, dass gerade die reichen Industrienationen bei ihrer materiellen Wohlfahrt Abstriche machen müssen? Auch die Autoren des Club of Rome-Berichts können auf diese berechtigten Fragen keine eindeutige Antwort geben. Vielleicht ist es schon viel, wenn die auf dem Gebiet der "grünen" Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen tätigen Wissenschaftler und Statistiker eine ähnliche Rolle wie das Kind übernehmen können, das in dem Märchen "Des Kaisers neue Kleider" die Unverfrorenheit hat, darauf hinzuweisen, dass der Kaiser nackt ist. Ziel der Bemühungen des Club of Rome kann nur sein, der Gesellschaft zumindest einen Spiegel vorzuhalten, der ihr ein wirklichkeitstreuere Bild ihrer Situation vermittelt. Wie allerdings die Reaktion der Gesellschaft auf das gezeigte Bild ausfallen wird, bleibt offen. Regt es zum Nachdenken an, führt es zu verändertem Handeln oder wird der Spiegel wie in dem Märchen "Schneewittchen" wutentbrannt in die Ecke geworfen?

Veröffentlicht in der ZEIT, Nr.43, 20.10.1995

Titel stammt von der ZEIT-Redaktion. Ich hatte ursprünglich nur die brave Überschrift „Grüne Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ vorgesehen...